

Der Leiter der Referate "Presse" und "Betreuungsmaßnahmen" des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen ist zugleich Vorsitzender des Vorstandes der "Stiftung für ehemalige politische Häftlinge" im "Bund der Mitteldeutschen e. V.", aus deren Stammvermögen in Höhe von 17,5 Mill. DM bis 1986 jährlich 1,5 Mill. DM als finanzielle Unterstützung für in die BRD entlassene "politische Häftlinge" zur Verfügung stehen. Im Entwurf des Achten Gesetzes zur Änderung des Häftlingshilfegesetzes (8. HHÄndG) der Bundesregierung heißt es zum Antrag zur Erhöhung des Stiftungsvermögens auf 17,5 Mill. DM:

"... Dieser Betrag (von 10 Mill. DM) reicht nicht aus, um die mittelfristige Fortführung der der Stiftung übertragenen Aufgaben zu gewährleisten. Maßgebend hierfür ist insbesondere die gestiegene Zahl der ehemaligen politischen Häftlinge aus der DDR. Darüber hinaus soll die Stiftung in die Lage versetzt werden, ehemaligen politischen Häftlingen mit einer Gewahrsamsdauer bis zu zwei Jahren, die Eingliederungshilfen nach dem Häftlingshilfegesetz nur in geringer Höhe erhalten, in verstärktem Maße helfen zu können."¹

Durch die im Zuge der Realisierung vorgenannter Maßnahmen angestrebte Sicherung eines umfassenden Informationsaufkommens, der darauf basierenden Bereitstellung entsprechender zentraler "Materialien" zur Verwertung im Rahmen der politisch-ideologischen Diversion und die Erhöhung der finanziellen Mittel sowie deren zielgerichteten Einsatzes zur Unterstützung der "politischen Häftlinge" aus der DDR lassen den Schluß zu, daß der Gegner um eine weitere Intensivierung seiner subversiven Tätigkeit gegen die DDR, einschließlich gegen den Untersuchungshaftvollzug in der DDR, bemüht ist. Eine noch großzügigere Honorierung "politischer Häftlinge" aus der DDR soll offensichtlich auf eine Vielzahl von Personen noch stärker inspirierend wirken, gegen die DDR gerichtete Straftaten zu begehen, deshalb Freiheitsstrafen auf sich zu nehmen, um danach als Bürger der DDR in die BRD zu gelangen, um dann den in Aussicht gestellten "Sold" in Empfang zu nehmen. Dabei erfolgt eine enge Koordinierung des subversiven Vorgehens mit den entsprechenden Aktivitäten der Geheimdienste der BRD, der Zen-

¹ Drucksache 8/3292 vom 23. 10. 1979, Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode